

# Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

**Berantwortliche Redakteure.**  
 Für den politischen Theil:  
 G. Fontane,  
 für Teileton und Vermischtes:  
 J. Goekner,  
 für den übrigen redakt. Theil:  
 H. Schmiedehaus,  
 künftlich in Posen.  
 Berantwortlich für den Inseratentheil:  
 O. Knorre in Posen.

Nr. 204.

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 21. März.

Inserate, die seit dem 1. Februar über deren Raum in der **Morgenauflage** 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der **Abendausgabe** 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Erredition für die **Abendausgabe** bis 11 Uhr Vormittags, für die **Morgenauflage** bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

**Amtliches.**  
 Berlin, 20. März. Der König hat dem Landgerichts-Präsidenten Weizti in Graudenz den Charakter als Geheimer Oberstaats-Rath mit dem Range der Räthe zweiter Klasse verliehen; ferner den Gerichts-Assessor Conrad in Schneidemühl zum Staatsanwalt in Lyck und den Gerichts-Assessor Casper in Beuthen D.-S. zum Staatsanwalt in Oppeln ernannt; sowie dem Ober-Amts-Physikus Dr. med. Eugen Koller in Hedingen den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Höflehrer Matern vom Schullehrer-Seminar zu Ortsburg ist unter Beförderung zum ordentlichen Seminarlehrer an das Schullehrer-Seminar zu Pr. Eylau verzeugt worden. Dem Förster der Landesschule Pforta Friedrich Wilhelm Voigt zu Küsen ist der Charakter als Hegemeister verliehen worden.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 20. März, 11 Uhr.

Die zweite Berathung des Kultussets wird fortgesetzt. Bei Kap. 120 "Höhere Lehranstalten", Tit. 1, "Bahlungen vermöge rechtlicher Verpflichtung an verschiedene Anstalten" bemängelt

Abg. Seyffardt (Magdeburg, nl.) die Stellungnahme des Ministers zu den lateinlosen Schulen, die er zwar fördern, aber hinter die humanistischen Gymnasien zurücksetzen wolle. Es seien viel mehr neue Gymnasien als Realschulen unter der Amtsführung des Ministers gegründet worden, obwohl das wirtschaftliche Bedürfnis der Zeit dringend die Gleichstellung der lateinlosen mit den humanistischen Schulen verlange. Diese Reform werde durch den Minister verzögert, denn wenn das bis jetzt eingeschlagene Tempo der Gründung der Realschulen beibehalten wird, werde erst in 100 Jahren die Reform durchgeführt sein. Die Lösung der großen Bedürfnisfrage nach geeigneter Bildung der in dem wirtschaftlichen Leben stehenden Klassen könne nur erfolgen durch die völlige Freigabe der Konkurrenz zwischen Realschulen und Gymnasien.

Abg. v. Schenkendorff (nattl.) spricht die Hoffnung auf eine baldige Schulreform aus nach der grundlegenden Verordnung Sr. Majestät an das Kadettencorps. Die Befolgung der hier ausgesprochenen Grundsätze werde die Entwicklung des Schulwesens gedeihlich fördern. Bedeutsam sei auch die von dem Minister in Aussicht gestellte Befreiung des Berechtigungswesens aus dem Schulorganismus und die geplante Aufstellung eines neuen Lehrplans. Hierbei müßten die neuen Sprachen den alten vorgehen und dort, wo die alten Sprachen anfangen, Realparallellklassen eingerichtet werden. Die Seitenst der Regierung vorgeschlagene Enqueteversammlung der Schulreformer würde zwar annehmbar, aber nur dann fruchtbar sein, wenn nicht bloß die Meinungen dort aufeinanderpläzen, sondern feste Ziele von Anfang an in's Auge gesetzt und durch feste Beschlüsse erreicht werden. Der Mangel eines einheitlichen Schulgesetzes sei zwar bedauerlich, aber bei energetischer Thätigkeit könne schon jetzt eine kräftige Schulreform in's Werk gesetzt werden.

Abg. Dr. Arendt (frf.) spricht den Wunsch aus, daß in die Enqueteversammlung nicht bloß Schulmänner, sondern auch Männer des praktischen Lebens berufen werden möchten. Die Ausscheidung des Berechtigungswesens sei sehr erfreulich. Die Berechtigung zum einjährigen Dienst muß von dem vollen neunjährigen Besuch der Lehranstalt abhängig gemacht werden. Das werde der Überfüllung der gelehrteten Berufe steuern, denn jetzt wendeten sich viele Leute dem Studium zu, welche ursprünglich nur den Berechtigungschein erlangen wollten. Auch er halte die Gleichstellung von Real- und humanistischen Schulen für erforderlich. Nothwendig sei auch die Einrichtung höherer Bürgerschulen, für welchen Zweck auch die kommunalen höheren Lehranstalten, die vom Staat nicht übernommen werden könnten, in höhere Bürgerschulen umzuwandeln seien.

Abg. Dr. Graf (Elberfeld, nl.) tritt für die Gymnasien ein, die eine Vorschule für die Universität sein sollten. Allerdings könne das humanistische Gymnasium verbessert werden, besonders in der körperlichen Entwicklung. Die Angriffe gegen das Gymnasium seien aber nicht begründet. Er habe von den schädlichen Folgen der Gymnasialbildung nichts bemerkt. Eine Verschmelzung des Gymnasiums und Realgymnasiums, also eine Einheitschule mit Latein sei unausführbar. Zu erstreben aber sei neben den Gymnasien die Vermehrung und Förderung der lateinlosen Realschulen.

Abg. v. Czarlinski (Pole) plädiert für die Aufbesserung der Einkommensverhältnisse der Lehrer. Die Gymnasial- und Progymnasiallehrer müßten im Gehalt mit den Richtern erster Instanz gleichgestellt werden. Bedauerlich sei die Abnahme des liebvollen Verhältnisses zwischen Lehrern und Schülern. Das komme daher, daß Ersteren zu viel Polizeidienste zugemutet würden. Die politische Unabhängigkeit der Lehrer werde nicht vollständig gewahrt.

Abg. Kloose (3.) befürwortet gleichfalls die Aufbesserung des Gehalts der Lehrer.

Abg. Schmelzer (nl.) hebt die Fehlerhaftigkeit der Unterrichtsmethode in den höheren Lehranstalten hervor. Von den Fachlehrern werde das gemeinsame Ziel des Unterrichts aus den Augen gelassen. Es sei verfehlt, die völlige Beherrschung einer alten Sprache erzielen zu wollen. Auch der Inhalt der zu übertragenden Sätze werde dem Begriffsvermögen der Schüler zu wenig angepaßt. Redner führt dafür aus lateinischen Übersetzungsbüchern einzelne Beispiele an. Der grammatischen und metrischen Unterricht müsse vereinfacht werden. Es empfehle sich, die Aussprache des Griechischen nach Art des Neugriechischen in einer besonderen Stunde der Prima zu pflegen. Andererseits müsse der naturwissenschaftliche Unterricht erweitert und den Schülern Achtung vor den Lebendigen eingeplant werden. Im Religionsunterricht solle Schülern möglichst wenig Gelegenheit zur Skepsis gegeben und besonders neben dem Beten das Arbeiten als sittliche Forderung hingestellt werden. Ein Hauptfehler des höheren Unterrichts sei, daß er zu wenig zum

Idealismus hinleite, weil er groß im Kleinen sein wolle, und nicht genügt auf lebendige anschauliche Darstellung gelegt werde. Dem Lehrer müsse durch Einschränkung der Korrekturarbeiten mehr Gelegenheit zur Vorbereitung gewährt werden. Von der geplanten Enquete verspreche er sich nicht viel, weil die einzelnen Ansichten dort mit dogmatischer Starrheit würden festgehalten werden. Besser wäre eine Befreiung der Behörde mit einzelnen Vertretern. Redner empfiehlt schließlich die Heranziehung von Schulfachmännern zur Verwaltung. Das Beste wäre, das ganze Schulwesen einheitlich unter einem Generalschulmeister zusammenzufassen.

Minister Dr. v. Goßler: Neben die Gehaltsfrage der Lehrer, namentlich die Aszension habe ich Untersuchungen anstellen lassen. Die Frage ist sehr schwierig, denn stets muß bei der Aszension berücksichtigt werden, daß tüchtige Lehrer rascher aufrücken. Bei einer einheitlich-mechanischen Aszension würde Stagnation eintreten.

Mein im vorigen Jahre entwickeltes Programm einer angemessenen Zurückdrängung der Gymnasien und eine Vermehrung der lateinlosen Schulen hat sich nach statistischen Ausweisen der Erfüllung genähert. Wir haben 1889 267 Gymnasien gegen 253 im Jahre 1883, die Schülerzahl hat sich um ein geringes vermehrt, hat aber im Verhältniß zur steigenden Einwohnerzahl einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen. Dagegen ist die Schülerzahl der lateinlosen Schulen außerordentlich gestiegen. Die Bürgerschulen haben gegen 1883 3200 Schüler mehr. Dieses Verhältniß kann ich nur als günstig bezeichnen. Der neue Lehrplan, der für Gymnasien festgestellt wird, wird die zu befolgenden Grundzüge feststellen. Die jungen Lehrer müssen sich an der bewährten Methode älterer Lehrer und des Direktors ein Vorbild nehmen, aber die Individualität des Einzelnen soll nicht verklammert werden. Wir halten an dem alten Grundsatz fest, daß der Lehrer niemals Professor werden soll. Er soll in allen Fächern die großen Züge hervorheben und lebendig darzustellen wissen. Auch im Religionsunterricht soll nicht Theologie gelehrt, sondern das Leben erfaßt werden. Aber etwas geschichtliche positive Kenntnisse müssen doch gelehrt werden, damit der Schüler die Entstehung und die Stellung seiner Konfession begreift. Daß bei der geplanten Enqueteversammlung die Vertreter der einzelnen Ansichten von ihrer Meinung nicht abgeben werden, halte ich für möglich, denn auch der große Reformverein, der noch im vorigen Jahre mit einer Petition von vielen tausend Unterschriften an mich gerieten war, ist in zwei Theile gegangen. (Burk: Der eine Theil ist tot!) Das ist nicht richtig, denn die Todten besuchen mich noch alle Woche einmal. (Heiterkeit.) In der Versammlung sollen aber typische Vertreter der einzelnen Richtungen in parlamentarisch geleiteter Verhandlung, nicht etwa wie in einer Volksversammlung, sich aussprechen. Sie werden dann schon zu einem Resultate kommen.

Meine Stellung zur Pflege des Turnens ist bekannt. Ich halte es aber nicht für richtig, das ganze Turnen in die Turnhalle zu verlegen. Es tut sich zwar in der Halle besser und eleganter, aber die Halle sollte nur als Ergänzung eintreten, wenn die Witterungsverhältnisse es nicht erlauben, im Freien zu turnen. Deshalb trete ich dafür ein: Keine Halle ohne Turnplatz. Freie Plätze, wo sich die Jugend tummeln kann, brauchen wir namentlich mehr in den größeren Städten. In Berlin z. B. ist heute kein Platz mehr, wo sich die Jugend in freier Luft ungezwungen bewegen kann, höchstens im Winter die Eisbahn im Tiergarten. Früher konnte man auf Höfen und freien Plätzen noch Kreisel und Marmel spielen. Ich gebe mir Mühe, solche Plätze für Berlin zu finden, denn unsere Söhne in den großen Städten sind überall in unglücklicher Lage, weil sie eine angemessene Abwechselung zwischen Körper und Geist nicht finden. Auch die akademische Jugend muß sich mehr körperlichen Übungen zuwenden, möge es Schlagen, Reiten, Turnen oder Rudern sein. Das falsche Vornehmsein muß schwinden. (Sehr wahr! links.) Ich habe noch als Referendar fleißig geturnt.

Ich bitte Sie, in diesem Sinne in Ihrer Heimat wohlgefundene Leute anzuregen, eine Sache zu fördern, die im Interesse unseres Vaterlandes und gerade für die Entwicklung des herrschenden Theils unserer Nation von Bedeutung ist. Das geistige Leben kann nur gedeihen im Anschluß an eine gute körperliche Entwicklung. Das ist ein Nationalvermögen, das nicht angegriffen werden darf. (Beifall.)

Abg. Stöcker (kons.) hält eine Verschmelzung der humanistischen und realistischen Bildung nicht für zweckmäßig. Man dürfe die Antike nicht unterschätzen, sondern müsse die abgeschlossene antike Welt aufrechterhalten, wenn auch das Her vorleben des rein grammatischen Unterrichts zu verwerfen sei. Eine Reihe von Studienarten sei ohne Kenntnis der alten Sprachen gar nicht denkbar. Die Neubewertung der Naturwissenschaften habe mehr geschadet als die Neubewertung der alten Sprachen. Gegenwärtig werde zu viel Wert darauf gelegt, die Schüler mit möglichst vielen Dingen bekannt zu machen. Man sollte die Schüler lieber lernfähig machen. Die Überhäufung habe den Schülern die Lernfähigkeit genommen, was sich auch im öffentlichen Leben bemerkbar mache. Die körperliche Pflege sei immer noch zu einseitig, so trete das Gerätturnen zu sehr gegenüber den Übungen im Freien hervor. — Die Religion dürfe nicht als Nebenfach gegenüber den andern Fächern gehandhabt werden. Man sollte sie überhaupt nicht als besonderes gymnasiales Fach ansehen, sondern die Schüler in beständiger Verbindung mit der Kirche erhalten, das ganze Wissen von religiösem Geiste durchdringen sein lassen.

Redner fährt hierauf fort: Ich möchte sodann die Überlastung gewisser höherer Schulen mit jüdischen Elementen zur Sprache bringen, die unerträgliche Überbelastung zur Folge gehabt hat. (Unruhe links.) 1887 waren in Berlin 1898 jüdische Schüler gegenüber 6904 evangelischen, 278 katholischen und 26 Dissidenten; am Französischen Gymnasium waren 193 jüdische Schüler gegenüber 222 evangelischen und 12 katholischen; am Wilhelmsgymnasium fielen 201 jüdische auf 541 evangelische, am Friedrich-Werderschen Gymnasium 180 auf 293, am Kölnerischen 180 auf 305, am Friedrichsgymnasium 202 auf 349. Noch schlimmer ist das Prozentsatzverhältnis in den höheren Klassen. Ostern 1886 betrug das jüdische Element allein 52 gegen 132, Michaelis 1886 48 gegen

141 evangelische. Auf dem Französischen Gymnasium waren in Oberseiden von 32 Schülern 22 jüdischer Konfession u. s. w. Darin liegt doch sicherlich eine große Gefahr. In den höheren Töchterschulen ist es noch schlimmer. 1887 waren in Berlin 1639 jüdischen Schülerinnen gegenüber 3446 evangelischen, 63 katholischen und 12 dissidentischen. Das legt doch die Gefahr einer Verjüdung der höheren Töchterschulen nahe. Bedenklich ist auch in dem Fall Boretius die Antwort des Provinzialschulkollegiums. Das Provinzialschulkollegium erklärt sich zwar für nicht in der Lage einzutreten, da noch so viele Läufende von Plätzen in den höheren Töchterschulen leer seien, gibt aber die Erwagung zu, ob nicht bei späteren Konzessionen, falls keine Plätze mehr in höheren Privat-Töchterschulen vorhanden seien, die Aufnahme jüdischer Schülerinnen zu verlangen sei. Es ist doch ein unerträglicher Zustand, wenn nach diesen Gründen, die, wie ich hoffe, nie zur praktischen Ausführung kommen, verfahren wird. Man kann doch verlangen, daß die christlichen Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder in Schulen unterzubringen, wo nicht Juden sind. Ich würde dem Herrn Minister dankbar sein, wenn er seine Nicht-Ubereinstimmung mit dieser Antwort zu erkennen giebt.

Selbst in einigen Volkschulen finden wir bereits ähnliche Zustände, namentlich in solchen Gegenden, wo sich das jüdische Element, wie in gewissen Geschäft- und eleganten Vierteln, zusammenzudrängen pflegt. So waren vor drei Jahren in der Gipsstraße in der Kommunalsschule 131 jüdische Knaben, und in der Töchterschule derselben Straße 151 jüdische Töchter. Bei einer solchen Anzahl liegt es doch nahe, jüdische Elementarschulen einzurichten. Bei solchen Zuständen könnte die Schulverwaltung doch dazu übergehen, ein konfessionelles Schulsystem zu begründen.

Die Überproduktion von gebildeten und halbgebildeten Elementen wird bei einem solchen konfessionellen Verhältniß noch bedenklicher. Ich mache nur auf die pädagogischen Folgen solcher Zustände aufmerksam. Einmal hat der große Prozentsatz jüdischer Schüler zur Folge, daß ein größeres Personal jüdischer Lehrer auf diejenigen Anstalten ange stellt wird. Die staatliche Schulverwaltung thut es ja nicht, wohl aber die städtische. Und was helfen uns alle Bemühungen darüber, daß in der Geschichte, Literatur und Sprache der christlich-nationalen Geist zur Geltung gebracht werden soll, wenn Juden Geschichte lehren? Ein jüdischer Lehrer kann gar nicht die Fähigkeit haben, christlichen Schülern so Geschichte zu lehren, daß sie den Gang Christi durch die Weltgeschichte daran sehen. (Bestimmung rechts.) Sie mögen sich ja hineinversetzen können in diese Geschichte, sie möglicherweise begreifen, aber sie können sie nimmer mehr mit Begeisterung lehren. Aber auch für die Schüler selbst liegt in den zeitigen Zuständen eine Gefahr. Die jüdischen Schüler und Schülerinnen sind ein aufhaltendes Element, weil ihm eine ganze Reihe von religiösen Kenntnissen fehlt, die nothwendig sind, um die Weltgeschichte und nationale Literatur zu verstehen. In den 70er Jahren wurde einmal ein Fall besprochen, wo sich in einer Töchterschule herausstellte, daß mehrere jüdische Töchter nichts von Walattina, von Abraham u. s. w. wußten. Wenn solche elementare Dinge fehlen, so hindert das doch den Unterricht gar sehr, und ich sehe nicht ein, warum diese Hemmung für die christlichen Kinder geduldet werden soll.

Allerdings gebe ich zu, daß die Abhilfe sehr schwierig ist, aber möglich ist sie doch. In Frankreich haben die israelitischen Mitbürger in verständiger und vernünftiger Erkenntnis der Sachlage sich ihre höheren Schulen selbst gegründet. Wenn das Israeliten von sich aus für ihre Zwecke thun, warum sollten wir nicht den Muth haben, das auch für uns zu thun? Allerdings besteht eine Schwierigkeit wegen des Sabbaths, aber auch in Frankreich ist den Schülern grundsätzlich ein Tag für private Arbeiten freigegeben worden. Deshalb könnte auch der Sonnabend neben dem Sonntag ohne Nachtheil bei uns freigegeben werden. Wir müssen zur Gründung von jüdischen höheren Schulen für die überschüssige Zahl der Juden schreiten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wie in Frankreich, auch bei uns christliche Familien ihre Kinder dorthin schicken; zu wünschen wäre das nicht, zu verbieten aber auch nicht. Weshalb soll der Staat für die Juden, die doch ebensogut, wie andere Bürger, ihre Steuern zahlen, nicht auch Schulen gründen? Das glaubenslose Reform-Judentum, das nichts zur religiösen Grundlage hat, ist viel mehr ein Schaden in unserem Volksleben, als das alte gläubige Judentum. (Sehr richtig! rechts.) Durch die unmittelbare Herübernahme dieser Elemente in unsere Schulen, wo sie eine christliche Anschauung sich doch nicht aneignen, wird der frivole Ton erzeugt. Das ist eine sittliche Gefahr von der größten Tragweite. (Sehr wahr! rechts.) Schwärmer glauben an eine Christianisierung des Judentums in den höheren Schulen. Die Stätte für die Propaganda sind aber nicht die Schulen, sondern die innere Mission.

Mein Vorschlag ist nicht gegen die Verfassung; denn die Gleichberechtigung wird nicht gestört. Aber es wäre nicht Gleichberechtigung, sondern eine Mehrberechtigung der Juden, wenn wir besonders in unserer Hauptstadt, wo die geistigen Kämpfe der Gegenwart ausgefochten werden müssen, in unsere höheren Schulen Elemente aufzunehmen wollten, welche eine christlich-nationale Durchbildung unseres Volkes erzielen. (Sehr wahr! rechts.) In den Umsturzbewegungen der Gegenwart spielen jüdische Elemente eine große, für sie selbst verhängnisvolle Rolle. Wenn jüdische Großkapitalisten sich an die Spitze der Sozialdemokratie stellen, jüdische Rechtsanwälte mit affenartiger Geschwindigkeit den Übergang von der Demokratie zur Sozialdemokratie vollziehen und die rote Fahne voranschwenken, so finde ich dies unerhört. Gegen solche Gefahr müssen wir reagieren. Wir müssen unsere Kräfte zusammenfassen. Der sittlich-religiöse Geist muß gegenüber der Propaganda des Umsturzes mit einer nationalen Erziehung verbunden werden. Wir müssen uns ein junges Deutschland heranziehen, das für die Güter des Vaterlandes mit aller Kraft bis zum letzten Blutsstrom eintritt (Beifall rechts). Es ist schwer, in der Judenfrage Punkte zu finden, welche zur politischen Verhandlung reif sind (Aha! links). Eine Frage ist die der Justiz, besonders die freien Advokaturen (Sehr wahr! rechts), die andere die des Überhandnehmens der jüdischen Elemente in den Schulen. Ich kann

dem Minister nur zu rufen: "Videant consules, ne quid res publica detrimenti capiat!" (Beifall rechts, Bischen links.)

Abg. Knörck (dfr., Värm rechts): Es ist charakteristisch für Sie (nach rechts), daß Sie, nachdem Herr Stöcker sich gegen einen großen Theil unserer Mitbürger gerichtet hat, (Widerspruch rechts) — wenn Sie das nicht für Angriffe halten, so muß man es wohl für die Stöcker'sche Liebe halten, die Herr Stöcker den Juden entgegenbringt, wenn er erklärt, er habe nichts gegen sie — jetzt solch einen Lärm erheben, welcher gegenüber der Wichtigkeit der Sache ganz und gar nicht am Platze ist. (Sehr wahr! links.) Herr Stöcker sagt darüber, daß unsere höheren Schulen von Kindern jüdischer Eltern in einem Umfang besucht werden, wie er ihm und den Herren von rechts nicht genehm ist. Wie kann man solche Vorwürfe erheben, wenn Eltern bestrebt sind, ihren Kindern eine möglichst gute und gebiegene Bildung zukommen zu lassen? (Sehr wahr! links.) Wo sollen sie denn ihre Kinder hinziehen? (Abg. v. Werder: Jüden Schulen! — Unruhe links.) Worin das Unverträgliche liegen soll, wenn in der Prima und Secunda so und so viel jüdische Schüler sind, das kann ich nicht verstehen. (Auf rechts: Das glaube ich!) Ich habe den Eindruck, als ob Herr Stöcker eine Art Kulturmäßige gegen unsere jüdischen Mitbürger anfangen will. (Sehr wahr! links.) Seine statistischen Angaben sind für mich nicht erschreckend, sondern fast erfreulich. Es wird neuerdings so viel von Toleranz gesprochen, auch von Personen Stöcker'scher Richtung, in den Ausführungen des Herrn Stöcker aber habe ich auch nicht eine Spur von geistlicher, christlicher, evangelischer Toleranz erblickt. (Beifall links.)

Finden Sie (nach rechts) es etwa tolerant, hier Reden zu halten, die im Großen und Ganzen auf nichts anderes hinausgehen, als auf die Verwirrung des kläglichen Wortes: "Juden raus!" (Lachen rechts.) Es hat einen eigenthümlichen Eindruck auf mich gemacht, daß gerade ein evangelischer Geistlicher in der Volksvertretung sich berufen fühlt, in dieser Weise sein Christenthum zu dokumentieren (Lebhafter Beifall links). Der Geist der Stöcker'schen Rede ist alles andere eher, als der Geist evangelischen, protestantischen Christenthums. (Sehr wahr, links. — Abg. Dr. Hermes: Heiter!) Die Folgen dieser Rede werden nicht ausbleiben. Ich kenne einen hochangesehenen jüdischen Mann, der alle seine Kinder hat taufen lassen, und die alle gute evangelische Christen geworden sind. (Na! na! rechts.) Derselbe Mann hat mir gesagt: Seit Herr Stöcker in dieser Art und Weise gegen das Judenthum vorgegangen ist, habe ich das hundertmal bedauert, und ich würde heute meine Kinder der evangelischen Kirche nicht mehr zuführen (Lachen rechts.) Der Mann nimmt es nicht leicht mit seinen Kindern, sondern ist ein ernster, sittlich besonnener Mann. Viele seiner Glaubensgenossen werden derselben Ansicht sein. (Lachen rechts.) Daß Sie (nach rechts) mich unterbrechen, hindert mich nicht, meine Anschauung ehrlich und offen zu sagen und ich finde, daß Sie in dieser ersten und wichtigen Sache eine Art zur Schau tragen, die anderswohin gehört, als in die Volksvertretung. (Beifall links, Unruhe rechts.)

Herr Stöcker glaubt keinen anderen Weg für die Gesetzgebung und Heilung des Volkslebens zu finden, als in den von ihm gewünschten Maßnahmen. Wenn es dahin kommen sollte, daß ein solcher Geist unsere Schüler erfüllte, so würde aus diesem Geiste alles andere eher hervorgehen, als Heil und Segen dem Volk und unserem Vaterlande. Dieser Geist wird nicht Segen stiften, sondern Unfrieden und Unheil; Gott möge unser Volk und Vaterland davon behüten, daß dieser Geist in unsere Schulen einziehe! (Lebhafter Beifall links. Widerspruch rechts.)

Abg. Ennecerus (nl.): Die Aszensionsverhältnisse der Lehrer weisen Härten auf, welche die Lehreraufbahn zu verbittern im Stande sind. Ein schnelleres Vorrücken mit regelmäßigen Gehaltszulagen wäre sehr wohl zu erreichen. Wünschenswert ist auch die Gleichstellung der Lehrer an städtischen und staatlichen höheren Lehranstalten. In der Frage, ob Gymnasium oder Realschule, stehe ich auf dem Standpunkt des Abg. Graf.

Die Ausführungen des Herrn Stöcker über die jüdischen Schüler billige ich nicht, sondern bedauere sie lebhaft. Die Gründung jüdischer Schulen halte ich nicht für einen Vortheil, sie würde nur den Gegensatz zwischen Christen und Juden gerade in denjenigen Kreisen verschärfen, die am allermeisten zur Pflege der Toleranz berufen sind in den akademisch gebildeten Kreisen. Ein gerechtes Urtheil über unsere jüdischen Mitbürger wird aber derjenige sich zu bilden im Stande sein, welcher selbst mit den besseren jüdischen Elementen in Berührung getreten ist. Zunächst auf der Schulbank. — Haben Sie nicht alle in Ihrer eigenen Schulzeit auf der Gymnasialbank den einen oder den anderen jüdischen Mitschüler gehabt, dessen ernstes Sinn und Fleiße Sie Ihre Achtung nicht versagen konnten? (Sehr wahr! links.) Und weiter soll die Berührung auf der Universität die Gegenseite ausgleichen. Herr Stöcker müßte konsequenter Weise auch die Gründung jüdischer Universitäten verlangen. Ich bin so glücklich, jüdische Kollegen zu besitzen, und ich stelle sie in keiner Beziehung unter einen christlichen Kollegen. (Zustimmung links.)

Die Zustände, welche Herr Stöcker beflagt, werden sich durch seine Vorläufe nicht verbessern, sondern verschlimmern. (Sehr wahr! links.) Prozentuale Beschränkungen der jüdischen Schüler sind auch unzulässig, denn der Besuch der Gymnasien richtet sich nicht nach der Bevölkerungszahl, sondern nach Berufskreisen. Die Ausführungen von Herrn Stöcker führen weiter, als er selbst beanspricht. Wenn er klagt über die große Zahl jüdischer Schüler an sich, so wird das bei manchem seiner Anhänger den Wunsch hervorrufen, daß überhaupt eine Beschränkung oder gar eine Ausschließung der Juden von diesen höheren Anstalten statt habe. Das geht aber gewiß nicht an. Wir kämpfen gern mit Ihnen gegen alles, was schlecht, nicht blos bei Juden, sondern auch bei Christen ist, und insbesondere gegen die Vergebungen, welche vielleicht bei den Juden prozentual stärker hervortreten als bei den Christen, z. B. dem Wucher. Aber dasjenige, was wir bei den Juden achten sollen, dagegen zu kämpfen, werden wir uns niemals hergeben. Und ist der Bildungsgrad, der sich in den von Herrn Stöcker gegebenen Zahlen am deutlichsten ausspricht, nicht durchaus achtungswert? Das, was Gutes ist am Judenthum — und das ist der Wissenstrieb — müssen wir vielmehr anerkennen und fördern, und keine Bildungsanstalt soll ihnen verschlossen oder verkommen werden. (Beifall links.)

Abg. Sombar (nl.) tritt für eine Ausdehnung des Berechnungswesens der Realgymnasien ein, das sich durch die Ausdehnung des Lateinunterrichts an den Realgymnasien hinreichend rechtfertigt. Redner wünscht sodann Schaffung eines gemeinsamen Unterbaues für den höheren Unterricht in der Weise, daß bis in die Mittelklassen hinein alle Schüler den gleichen Unterricht genießen, und erst dann die Scheidung der verschieden Schularten eintritt. Für den gewerblichen Unterricht empfiehlt Redner als passenden Unterbau die Mittelschulen und im Speziellen eine Theilung des gewerblichen Unterrichts in volkswirtschaftlichen, mechanisch-technischen und chemisch-technischen Unterricht.

Abg. Theissing (Btr.) klagt über die in dem Aszensionswesen der Lehrer hervorgetretenen Mängel und Härten.

Abg. Ritter (dfr.): Diese Hezrede eines evangelischen Pastors, wie Herr Stöcker sie gegen einen großen Theil unserer Mitbürger hält, ist gewiß kein würdiges Stück in der parlamentarischen Geschichte des Vaterlandes. Was seine Rede noch besonders bedenklich macht, war zunächst der Umstand, daß Herr Stöcker in Übereinstimmung mit der ganzen konservativen Partei hier zu sprechen schien. (Auf rechts: Gewiß!) Es ist traurig

genug, daß die Volksvertretung zu solchen Reden neigtbraucht wird. (Oho! rechts.) In gewisser Beziehung ist es ja gut, daß die Herren mit ihren innersten Gedanken hervorkommen, und insfern begrüße ich die Rede des Herrn Stöcker, aber ich möchte ihm doch zu bedenken geben, daß selbst wenn man solche Ziele hat, doch ein Mann, der den Beruf hat, ein Prediger der christlichen Liebe und Toleranz zu sein, sich die Frage vorzulegen hat, was derartige Reden für einen Eindruck auf die zarten Gemüther in den Schulen ausüben müssen. Kann es da wohl Wunder nehmen, wenn die Kinder solcher Männer, die derartige Anschaungen vertreten, diese ihren jüdischen Mitschülern gegenüber zum Ausdruck bringen? Und das nennen Sie christliche Liebe und Toleranz? In zweiter Reihe war mir auffallend, daß der Herr Kultusminister, obgleich die Rede gerade an ihn gerichtet war, auch nicht ein einziges Wort der Erwiderung hatte. Ich denke über die Pflichten eines preußischen Kultusministers denn doch anders und seine Vorgänger, selbst die konservativen, hätten sich anders verhalten. Der Herr Kultusminister ist doch der Wächter des Friedens und ihm liegt gerade die Sorge für die konfessionelle Frage ob. Ich frage ihn, war das eine Rede, zu der er schweigen konnte, selbst wenn er mit dem Ziele von Herrn Stöcker einverstanden war. Erklärt er sich einverstanden mit der Tendenz, die aus jenen Worten herausklang? Wenn dem so ist, ist es gut, wenn das Land darüber aufgeklärt wird. Dann wird man wissen, was man solchen Bestrebungen gegenüber zu thun hat.

Den Herren ist es also unerträglich, daß ihre Kinder mit den jüdischen auf einer Schulbank sitzen. In ihrer Brust leben aber zwei Seelen. Die Herren sind doch sonst nicht so gegen das jüdische Kapital. Wenn es sich darum handelt, einen Mann aus der Junkerpartei unterzubringen und ihm eine glänzende Laufbahn zu geben mit jüdischem Kapital, dann sind die Juden gut, dann führt man sie in Gesellschaften und ist für sie besorgt. (Sehr richtig! links.) Und wenn gewisse jüdische Banquier's Geld geben zu politischen Zwecken, dann ist der Jude ein guter Mann. Sonst aber will man mit ihm nichts zu thun haben, und man will es ihm sogar verwehren, daß seine Kinder mit den christlichen auf einer Schulbank sitzen. Ich finde die Zustände gar nicht unerträglich, sondern es ist ein erfreuliches Zeichen für den Bildungsdrang unter den jüdischen Mitbürgern, den man ihnen doch keineswegs zum Vorwurf machen kann. Wenn man die jüdischen Kinder in besondere Anstalten hineinzwingen will, so bewegt man sich durchaus nicht auf dem Boden der Verfassung, und das stimmt auch nicht überein mit der kirchlichen Freiheit. Unsere ganze politische Geschichte weist eine Reihe großer, namentlich Geistesblüthen von unseren jüdischen Mitbürgern auf, und ich glaube nicht, daß das Wort von Herrn Stöcker im Stande ist, diese Thatsachen auszulöschen. Was wäre die konservative Partei, wenn nicht Stahl, auch ein Jude, ihr Vorfahr gewesen wäre, der war mehr, als 10 Stöcker sind! Herr Stöcker fand die Verhältnisse auf dem französischen Gymnasium so besonders schlimm. Nun, dort ist unter den Lehrern höchstens einer ein Jude, und wenn da so viele jüdische Kinder von christlichen Lehrern unterrichtet werden, so zeugt doch die Furcht von Herrn Stöcker nicht von dem Vertrauen auf die Kraft des christlich-nationalen Glaubens. Er sollte sich doch gerade freuen, daß die Kinder da eine echt christliche Erziehung bekommen.

Herr Stöcker schreibt, weil er weiß, daß das deutsche Volk noch nicht reif genug ist, um seine Ideen zu verdauen, dem Judenthum gewissermaßen die Entwicklung der Umsturzideen zu und sagt, das Judenthum sei der Vorfahr der Sozialdemokraten gewesen. (Auf rechts: Gewiß!) In Wirklichkeit sind aber gewiß nicht viele Juden in den Reihen der Sozialdemokraten. Herr Stöcker stellte das nur in den Vordergrund, um die Kampfeslust gegen die jüdischen Mitbüger aufzufächeln. Es steht aber, wie so manche von Herrn Stöcker behaupteten Dinge, mit den Thaten in direktem Widerspruch. Herr Stöcker erwähnte zwar zunächst nur einige Dinge, aber es ging daraus hervor, daß er überhaupt die Gleichberechtigung der Juden allmählich zu beitreten wünscht. Ich habe aber das zutrauen, daß Bestrebungen auf diesem Gebiete nicht gescheitern werden. Der Geist der Toleranz hat gerade die Protestanten in Deutschland und besonders in Preußen bisher geleitet, und ist auch von den preußischen Königen stets in Ehren gehalten worden. Ich erinnere nur an König Friedrich II. der die konfessionelle Eugherzigkeit, den falschen Eifer und den Fanatismus, der sich bei Herrn Stöcker fundgegeben hat, bekämpfte mit den Worten: Der falsche Eifer ist ein Tyrann, welcher die Länder entvölkert, die Toleranz ist eine zärtliche Mutter, welche sie nährt und zur Blüthe bringt. Dieser falsche Eifer wird hoffentlich von der deutschen Nation und dem preußischen Volke nicht acceptirt werden. Herr Stöcker sprach von dem sittlichen Geist des Christenthums. Wenn dieser sittliche Geist darin bestehen soll, daß man gegen gleichberechtigte Mitbürger Heile treibt, dann danke ich dafür, es würde unserem Vaterlande nicht zum Heile, sondern zum Verderben gereichen. (Lebhafter Beifall links, Bischen rechts, wiederholter Beifall links.)

Minister Dr. v. Goßler: Alle diejenigen Heftigkeiten, welche der Vorredner getadelt hat, habe ich nicht in der Rede von Herrn Stöcker gefunden. (Sehr wahr rechts.) Herr Ritter hat eine Rede befämpft, wie er gewünscht hat, daß sie gehalten werden wäre. Die konfessionelle Gestaltung unseres höheren Schulwesens ist eine der schwierigsten Fragen für die Unterrichtsverwaltung, sowohl bei den christlichen Konfessionen als auch für die jüdischen und disidentischen Elementen. Welchen Standpunkt man auch in Bezug auf die Toleranz einnehmen will, so ist doch klar, daß für die Verwaltung erhebliche Schwierigkeiten erwachsen. Die Simultanfrage ist oft erörtert worden. Ich habe mich bemüht, diesen ewigen Zankapfel aus der Welt zu schaffen, auch unter Zustimmung der Liberalen. Wo die Simultan Schulen verschwunden sind, ist Friede in der kommunalen Bevölkerung eingetreten. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.)

Das Volksschulwesen konnte aber nur konfessionell gestaltet werden, weil auf einem begrenzten Raum die Kinder wohnen, welche die Schule besuchen. Das ist unmöglich für die höheren Schulen. In einer größeren Stadt wären die Entfernung zu den katholischen oder jüdischen Gymnasien unter Umständen gar nicht zu überwinden. Für Breslau hat es sich machen lassen, denn dort wohnen auf einem verhältnismäßig engen Bezirk viele Katholiken und Evangelische. Ich habe über die konfessionellen Verhältnisse der Lehranstalten eine Statistik aufnehmen lassen. Danach gab es 1883 beispielsweise für Schlesien in Beuthen 89 evangelische, 144 katholische, 147 jüdische Kinder (Hört! hört! rechts), auf dem Johannesgymnasium zu Breslau 381 evangelische, 60 katholische, 85 jüdische Schüler, auf dem Friedrichsgymnasium 128 evangelische, 12 katholische, 150 jüdische Schüler, in Katowitz 81 evangelische, 52 katholische, 124 jüdische. (Hört! hört! rechts.) Damit sind der Unterrichtsverwaltung sehr schwierige Aufgaben gestellt. Wir haben in Berlin wiederholt Ferien einzurichten müssen, weil die Juden ihr Neujahrsfest feierten (Hört, hört, rechts) und wir mit so wenig Schülern keinen erfolgreichen Unterricht geben konnten. Außerdem mußten wir dafür sorgen, daß die jüdischen Kinder nicht zurückbleiben, auch in Schlesien haben wir derartige Schwierigkeiten gehabt. Wo die Bevölkerung eine größere rituelle Strenge innehat, war es unmöglich, am Sonnabend mit Erfolg Unterricht zu halten; namentlich verboten die Kul-

tusbeamten, welche aus Russland eingewandert waren, ihren Kindern absolut, irgend etwas am Sonnabend zu thun. Wir waren genötigt, den ganzen Unterrichtsplan umzuwerfen, weil die jüdische Schülerzahl zu groß war, um am Sonnabend den Unterricht zu erhalten, welcher nach dem verständigen Lehrplan am Sonnabend hätte ertheilt werden sollen. Daß sich unter solchen Umständen eine Sehnsucht nach größerer konfessioneller Trennung bemerkbar macht, finde ich erklärlich. Möglich ist dies aber nur, wo Kinder verschiedener Konfessionen auf begrenztem Raum wohnen. Ich bin dabei, auch über die preußischen Universitäten Publikationen erneut zu lassen, an deren Hand die Unterrichtsfrage fünfzig erörtert werden kann. Nach einer Statistik von 1885 ist festgestellt, daß die Schülerbevölkerung der höheren Lehranstalten zu 72 p.C. evangelisch, 17,6 p.C. katholisch, 9,7 p.C. jüdisch war, letztere also mehr als die Hälfte der Katholiken. Ähnlich für die preußischen Universitäten. Dort waren Evangelische 70 p.C., wenig über 20 p.C. Katholische und ungefähr 9,7 p.C. Juden. Die preußische Bevölkerung besteht zu 64 p.C. aus Evangelischen, zu 34 p.C. aus Katholiken und nur zu 1,29 p.C. aus Juden. (Hört, hört! rechts.) Nebenragend auf die Bildung dieser Verhältnisse ist der große Einfluß des Wohnorts. 82 p.C. sämtlicher Juden Preußen wohnen in Städten, Evangelische nur zu 40 p.C. und Katholiken nur zu 37 p.C. in den Städten. (Hört, hört! rechts.) Die jüdische Bevölkerung also siedelt sich mit Vorliebe in den größeren Städten an und nicht auf dem Lande. Hier liegt also zweifellos ein Problem vor (Aha! links). Welche Konsequenzen ich daraus ziehen soll, weiß ich noch nicht. Wichtig ist nur, sich klar zu werden über die Gruppierung und die Vertheilung der Konfessionen. Für eine verständige Unterrichtsverwaltung ist die Frage der konfessionellen Mischung auf den höheren Bildungsanstalten sehr wichtig, besonders in Hinsicht auf die Auswahl des Lehrpersonals. Die Lehrer sind doch leider auch Menschen mit überlieferten Anschaungen und können nicht sicher unterrichten, wenn sie nicht auch abgelehnen von dem Religionsunterricht, in vielen Fällen ihrer religiösen Überzeugung irgend einen Ausdruck geben. (Sehr wahr! rechts.) In Frankfurt haben die Juden sich stets im Unterrichtswesen gesondert gehalten. Also hat der Gedanke getrennter Schulen an und für sich nichts Ungewöhnliches. (Sehr richtig! rechts.) Die Juden haben das Recht, in jede öffentliche Schule zu gehen, aber sie haben unter Umständen auch die Verpflichtung, wenn sie als Juden allein bleiben wollen, ihre Schulen zu unterhalten.

Ich habe nicht den Eindruck, als ob Herr Stöcker die Amtsverwaltung zu irgend welcher Maßregel hat drängen wollen. (Widerspruch links.) Er hat nur auf bestehende Verhältnisse hingewiesen wollen. Auch ich habe seit 1885 viel größeres Material in Händen, habe aber meines Wissens noch keinen Juden damit gedrückt. (Heiterkeit rechts.) Welche Maßnahmen sich daran knüpfen sollen, weiß ich noch nicht. (Beifall rechts.)

Abg. Stöcker: Ich habe mit meinen Ausführungen nur einen Finger auf eine Wunde der pädagogischen Welt legen wollen. Man kann mir nicht vorwerfen, solche Fragen, die das Judenthum berühren, in die Debatte zu ziehen. Ich habe es in der allermaßvollsten und objektivsten Weise gethan. (Lachen links.) Daß Herr Emmecker seine Ansicht sich nach dem Bilde seiner jüdischen Kollegen macht, ist verfehlt. Ich kenne auch Juden, die ich in der höchsten Weise schäze, rechtschaffene, patriotische Leute. Aber es ist nicht politisch, aus einigen Erfahrungen auf die ganze Masse zu schließen. Das Judenthum muß als Kollektivum betrachtet werden, und als solches ist es verderblich für unser erwerbliches und geistiges Leben, in der Presse und in der Umlitzbewegung. Daß meine Ausführungen berechtigt waren, beweisen die Zahlen des Ministers. Daß solche Störungen des Unterrichts in Folge der jüdischen Schülerzahl vorkommen, hat wohl Niemand geahnt. Hier von Hezkerei zu sprechen, ist eines verständigen Mannes nicht würdig. (Sehr wahr! rechts.) Es handelt sich nicht um Privatinteressen, sondern: Salus ripublicae suprema lex est! und ich füge noch hinzu: christiana publicae! Daß die Juden höheren Bildungstrieb haben, wäre dieselbe Logik, wie wenn man sagt, die Juden haben mehr Aesthetik, weil sie mehr schöne Häuser haben, während die Christen im Keller wohnen. (Heiterkeit rechts.) Gerade als evangelischer Geistlicher ist es meines Amtes und meines Berufs, solche Sachen, die das Volksleben schädigen, zur Sprache zu bringen. Herr Knörck hat darüber sein Urteil. Er ist auch früher Geistlicher gewesen: wenn er sich wohl gefühlt hätte, wäre er es geblieben.

Wenn wirklich wegen der zu großen Zahl jüdischer Schüler Anstalten zu Zeiten geschlossen werden müssen, so sind das ja schon jüdische Anstalten. (Sehr wahr! rechts), und wir brauchen sie nur zu erweitern. Das Beispiel Frankfurts a. M. spricht auch für diese Möglichkeit.

Herr Ritter nannte meine Rede eine Hezrede. Das ist Ihre alte Taktik. Ich bin ein maßvoller, besonnener Behandler dieser Frage (Lachen links), und manche vernünftige Juden werden auf meiner Seite stehen. Gehezt wird auf Ihrer (nach links) Seite. Die Juden sind die Biiqueure und schlechte Christen sind die Meute. (Sehr gut! rechts.) Stahl und Neander waren auch Juden, die kannten aber ihr Volk, Stahl war der äußerste Gegner der Judentumswanderung auf gerichtlichem Gebiet, Neander der größte Gegner der jüdischen Lehrer auf Gymnasien. (Hört! hört! rechts.) Der große Friedrich dachte über die Judentumfrage genau so wie ich. (Lachen links.) Als die Juden in Breslau zu zahlreich wurden, verbot er weiteren Zugang, damit daraus kein neues Jerusalem würde. (Hört! hört rechts.) Eine Nation, welche wir als Fremdlinge aufgenommen, als Gäste gepflegt, welchen wir schließlich das Bürgerrecht verliehen haben, darf sich nicht herausnehmen, die Grundlagen unseres Volkslebens zu zerstören. (Sehr wahr, rechts.) Marx ist der Dogmatiker der Sozialdemokraten, Lassalle der Agitator; wir hätten keine Sozialdemokraten, wenn diese beiden Juden nicht gewesen wären. (Sehr gut! rechts, Zuruf links: Frankreich!) Durch die jüdische Presse wird das Volk ruiniert und ich bedaure aus tiefstem Herzen, daß Deutsche sich dazu hergeben, zu dieser Verwüstung Bravo zu schreien.

Ich werde, so lange noch ein Blutstropfen in mir ist, mich dieser Verwüstung widersetzen. (Beifall rechts, Bischen links.)

Ein Schlußantrag wird hierauf abgelehnt.  
Das Haus vertagt sodann die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr.  
Schluß 4½ Uhr.

## Herrenhaus.

5. Sitzung vom 20. März, 1 Uhr.

Das Herrenhaus genehmigte debattelos die Vorlagen, betreffend die Regulirung der Oder und Spree, betreffend die Kunsträthen im Regierungsbezirk Kassel und betreffend die Erweiterung von Altona, und erledigte sodann mehrere Petitionen, worunter eine Petition auf Verbesserung in der Strombau- und Schiffahrtspolizeiverwaltung und auf Buzierung erfahrener Landwirthe zu den Stromätern der Regierung zur Erwägung übergeben wird. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Buständigkeit des Handelsministeriums, der Rentengüter, Bericht der Anfiedelungskommission.) Schluss 3½ Uhr.

## Deutschland.

Berlin, den 21. März.

— Der Kaiser unternahm vorgestern Nachmittag einen Spazierritt nach dem Grunewald. Darauf hatte er eine Unter-

redung mit dem Staatsminister v. Voetticher. Am Abend um 9 Uhr hielten die kaiserlichen Majestäten im Rittersaal des hiesigen königlichen Schlosses eine größere Defilierung ab. Gestern Vormittag unternahmen beide kaiserliche Majestäten eine gemeinschaftliche Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Darauf empfing der Kaiser den Feldpropst D. Richter in Audienz und ließ sich dann die regelmäßigen Vorträge halten.

— Die Kaiserin wohnte vorgestern Vormittag in der Augusta-Stiftung zu Charlottenburg einer Prüfung der Zöglinge der Anstalt bei.

— Die Kaiserin Friedrich empfing gestern Vormittag den Direktor des königlichen Waisenhauses zu Königsberg Dembrowski in besonderer Audienz.

General v. Caprivi ist nach einem Privattelegramm der „Kreuzztg.“ aus Hannover gestern Abend dort wieder eingetroffen, und hat bestätigt, daß er zum Reichskanzler ernannt ist und dieses Amt angenommen habe. Die bezüglichen Verhandlungen hätten 14 Tage gedauert. Die Rückkehr Caprivis nach Berlin werde heut, 21. März, behufs Übernahme der Geschäfte erfolgen. In einer Wählerversammlung im 1. Wahlkreise warnte gestern Abg. Dr. Meyer davor, dem als Nachfolger des Fürsten Bismarck ausersehenen General v. Caprivi mit Vorurtheil zu begegnen. General Caprivi, den Abg. Dr. Meyer als einen alten Schulkameraden bezeichnete, sei zweifellos ein außerordentlich begabter Mann, der sich sicher zu diesem Amte nicht gedrängt habe; er sei ein sehr entschlußfähiger und fester Charakter, ein hochkonservativer Mann, aber er werde Gerechtigkeit üben gegen fremde Anschaulungen und zur sachlichen Diskussion bereit sein.

Im Anschluß hieran dürften nachstehende biographische Mittheilungen über den neuen Reichskanzler von Interesse sein:

Leopold v. Caprivi (di Caprera di Montecucculi) ist am 24. Februar 1831 als Sohn des Geheimen Ober-Tribunalrathes v. Caprivi in Berlin geboren, trat am 1. April 1849 in das Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiment ein, woselbst er am 19. September 1850 zum Sekondientenant, am 31. Mai 1859 zum Premierleutnant ernannt wurde. Am 17. Dezember 1861 zum Hauptmann im Generalstab ernannt und dem Generalkommando 1. Armeekorps überwiezen, wurde er am 22. Dezember 1863 zur 5. Division kommandiert, und am 15. Dezember 1864 dem Generalstab der kombinierten Infanterie-Division überwiesen. Nachdem v. Caprivi am 28. Juni 1865 zum Kompaniechef im 8. brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 64 ernannt, dann am 3. April 1866 zur Dienstleistung beim großen Generalstab kommandiert war, wurde er am 20. Mai 1866 in den großen Generalstab einrangiert und dem Stabe des Oberkommandos der ersten Armee überwiesen. Es folgte am 7. Juni 1866 sein Avancement zum Major, am 30. Oktober 1866 seine Versetzung vom Generalstab zum General-Kommando des Garde-Korps. Am 12. April 1870 mit der Vertretung des Chefs des Generalstabes 10. Armeekorps beauftragt, wurde er am 18. Juli desselben Jahres interimistisch Chef des Generalstabes, am 26. Juli 1870 Oberst-Lieutenant und am 21. September 1871 definitiv Chef des Generalstabes 10. Armeekorps. Am 2. Dezember 1871 zum Abtheilungs-Chef der Armee-Abtheilung B. im Kriegsministerium ernannt, wurde v. Caprivi am 18. Januar 1872 Oberst und erhielt am 2. Januar 1875 die Armee-Abtheilung A. im Kriegsministerium. Am 30. Mai desselben Jahres wurde ihm der Rang als Brigade-Kommandeur verliehen, im Jahre 1876 wohnte er den russischen Übungen bei Petersburg bei. Am 22. März 1877 folgte v. Caprivi's Ernennung zum Generalmajor, am 12. Januar 1878 zum Kommandeur der 5. Infanterie-Brigade in Stettin. Nachdem er im Frühjahr 1881 das Kommando der 2. Garde-Infanterie-Brigade erhalten, wurde er am 23. November 1882 mit der Führung der 30. Division in Meß beauftragt, welche er am 12. Dezember unter Beförderung zum General-Lieutenant definitiv erhielt. Am 20. März 1883 ward er an Stelle des Herrn v. Stosch zum Chef der Admirälität ernannt. Am 5. Juni 1888 wurde er in Genehmigung eines Abschiedsgeches zur Disposition gestellt, nach fünf Tagen jedoch schon zum kommandirenden General des 10. Armeekorps ernannt, nachdem er bereits im April desselben Jahres zum General der Infanterie befördert war.

## Italien.

\* Rom, 19. März. Dem „Berl. Tagebl.“ gehen interessante Mittheilungen über die Stellung des Vatikans zur Berliner Konferenz zu, die das Blatt, wenngleich sie mit anderen Berichten etwas kontrastiren, zur Mittheilung bringt, weil es dieselben für absolut authentisch hält. Hierach überschwemmte man vom Vatikan aus die deutsche Regierung förmlich mit Gesuchen um Einladung zur Konferenz. Die Gesuche erreichten die Höhe von Altenstößen. Außerdem verlangte der Vatikan nicht nur die Theilnahme, sondern auch eine Ausnahmestellung für seinen Delegirten bei der Konferenz. Daraufhin wurde dem Vatikan, wie es scheint, auf Veranlassung des Kaisers schlankweg bedeutet, die Konferenz habe rein praktische Zwecke, weshalb nur praktisch interessirte Faktoren daran teilnehmen könnten. Das sollte den Papst aber nicht abhalten, den Arbeiten der Konferenz sein moralisches Interesse zu schenken. Die Ernennung des Fürstbischofs Kopp erfolgte, um dem Papst eine gewisse platonische Genugthuung für die ersittene Enttäuschung zu geben.

## Aus dem Gerichtsaal.

5 Ostrowo, 20. März. [Prozeß Beinert.] Wie erinnerlich, wurde am 14. Oktober v. J. der frühere Rechtsanwalt und Notar Richard Beinert aus Kempen wegen mehrfacher Unterschlagungen, Untreue und Betruges vom hiesigen Landgericht zu 3½ Jahren Gefängniß verurtheilt. Am vergangenen Montag und Dienstag hatte sich v. Beinert abermals vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten und zwar wegen anderweitiger Unterschlagungen, wegen Beihilfe zum Betrug, wegen vollendeten Betruges und Bankrotts. Heute wurden die Verhandlungen weiter fortgesetzt und währten von 10 Uhr Vormittags bis 3½ Uhr Nachmittags. Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von 8 Jahren Gefängniß. Der Gerichtshof hatte für alle Vergehen 6 Jahre und 7 Monate Gefängniß angerechnet, rundete aber das Strafmaß insgesamt auf 5 Jahre Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Dauer ab.

## Locales.

Posen, den 21. März.

— u. **Taschendiebstahl.** Einer Fischerfrau aus Rogalinek ist gestern Vormittag in einem Laden am Alten Markt, wo sie einige Einkäufe besorgte, durch einen unbekannten Burschen aus der Tasche ihres Mantels ein gelbesledernes Portemonnaie mit einem Inhalt von ungefähr 14 Mark gestohlen worden. Der Taschendieb ist leider entkommen.

— u. **Verhaftungen.** Gestern Nachmittag ist ein wegen Diebstahls bereits vorbestrafter, in der Breslauerstraße wohnhafter Arbeiter verhaftet worden, weil er dringend verdächtig ist, sich an dem von uns gemeldeten Uhrendiebstahl in der Breslauerstraße, welcher in der Nacht vom 15. zum 16. d. M. ausgeführt worden ist, beteiligt zu haben. Er hat nämlich eine von diesem Diebstahl herrührende Taschenuhr an einen hiesigen Zigarrenmacher verkauft. Dieser überbrachte die Uhr, welche offenbar noch nicht abgezogen war, einem auf der Wallstraße wohnhaften Uhrmacher zur Reparatur, welcher sie nach dem veröffentlichten Nummernverzeichniß der entwendeten Uhren als gestohlen erkannte und sofort Anzeige bei der Kriminalpolizei erstattete. — Wegen Verübung eines Taschendiebstahls ist gestern Nachmittag ein Arbeitsbürliche von hier zur Haft gebracht worden. Derselbe hat in Gemeinschaft mit einem anderen Bürchen, dem es leider gelungen ist, zu entkommen, einer in der Thorstraße wohnhaften Witwe in der Breslauerstraße aus der Tasche ihres Mantels ein Portemonnaie mit ungefähr 11 Mark Inhalt gestohlen. Er wurde jedoch auf frischer That abgefaßt und festgenommen.

## Handel und Verkehr.

\*\* Berlin, 20. März. [Konkurs-Nachrichten.] Konkurs ist eröffnet über das Vermögen des Kaufmanns Cajal Schendel hier, Kaiser Wilhelmstr. 11, Wohnung Kochstr. 5. Konkursverwalter ist der Kaufmann Dietsch, Holzmarktstr. 47. Annmeldefrist 14. Mai. Termin 14. April cr. — Der Konkurs über das Vermögen der Kauffrau Marie Schendel geb. Jacoby ist durch Ausschüttung der Masse beendet.

\*\* Auswärtige Konkurse. [Gründungen.] Beim Gericht zu Brake. Schuhmacher Carl Hinrich Martin Sanders in Ovelgönne, Brandenburg. Droschenbesitzer Richard Gönnemann daf. Düsseldorf. Norbert Schmitz, Restaurateur zum „Kaisersaal“ daf. Hamburg. Kurz- und Galanteriewarenhändler Martin Redlich daf. Plauen. Frau Hammel Cohn geb. Lewy daf. Quatenbrück Kaufmann Innocenz Brückel daf. Sagan. Schneider Wilhelm Kohlhase daf. Wallmerod. Landmann Joh. Neu III. und dessen Ehefrau Anna geb. Heinz daf. Wiesbaden. Tünchnermeister Karl Müller daf. Willenberg. Kaufmann Rudolph Skibowski daf. Worms. Kaufmann Jacob Mack daf.

\*\* Berlin, 21. März. [Städtischer Zentralviehhof.] (Amtlicher Bericht.) Zum Verkauf standen 252 Rinder. Das Geschäft war leblos nur wenige geringere Sorten kamen zu Montagspreisen verlaufen werden. — An Schweinen wurden aufgetrieben 1161, das Geschäft war sehr flau, Preise weichend, Markt nicht geräumt. Ia fehlte, II 54 bis 60 M.

— An Kälbern wurden aufgetrieben: 827. Der Markt war ruhig bei unveränderten Preisen. I 56—58 Pf., aus-

gesuchte höher, II 44—53 Pf., III 34—42 Pfennige. — Hammel 1622 (davon nur 28 frischer Auftrieb) umsatzlos.

\*\* Berlin, 20. März. Nach amtlicher Feststellung Seitens der Meldesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus lato ohne Haß frei ins Haus oder auf den Speicher geliefert, per 100 Liter a 100 Prozent.

Unversteuert, mit 50 M. Verbrauchsabgabe:

Am 14. März 1890 54 M. à 53 M. 90 Pf.; am 15. März 54 M.; am 17. März 54 M.; am 18. März 54 M. 10 Pf.; am 19. März 54 M. 40 Pf. à 54 M. 20 Pf.; am 20. März 54 M. 20 Pf. à 54 M. 10 Pf.

Unversteuert, mit 70 M. Verbrauchsabgabe:

Am 14. März 1890 34 M. 20 Pf.; am 15. März 34 M. 40 Pf.; am 17. März 34 M. 50 Pf. à 34 M. 40 Pf. à 34 M. 50 Pf.; am 18. März 34 M. 50 Pf.; am 19. März 34 M. 70 Pf. am 20. März 34 M. 60 Pf.

\*\* Königsberg, 20. März. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats der Ostspreußischen Südbahn wurde der Beschuß gefaßt, der Generalversammlung die Bilanz obiger Gesellschaft mit 5 Proz. Dividende Prioritätsaktien und 3 Proz. auf Stammaktien vorzuzeigen.

\*\* Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft. Der Aufsichtsrath der schlesischen Feuerversicherungs-Gesellschaft beschloß pro 1889 die Vertheilung von 100 M. Dividende pro Stück gleich 33½ Proz. gegen 31½ Proz. im Vorjahr vorzuschlagen.

\*\* Breslauer Aktien-Gesellschaft für Eisenbahn-Wagenbau. Nach dem Geschäftsbericht war die Produktion des Jahres 1889 die größte seit Bestehe der Gesellschaft, indem 1904 Wagen im Werthe von 5 493 204 M. hergestellt und für 170 860 M. Reparaturen ausgeführt wurden. Von 930 723 M. Bruttogewinn werden 435 725 M. zu Abschreibungen verwendet, 23 299 M. dem Reservefonds zugeführt und 46 546 M. als Tantieme ausgezahlt. Als Dividende sollen 396 000 M. = 12 Prozent zur Vertheilung gelangen.

\*\* Hannoversche Bank. In gestriger Generalversammlung der Hannoverschen Bank, in welcher 2302 Aktien durch 19 Aktionäre vertreten waren, wurde die Entlastung ertheilt, die vorgeeschlagene Dividende mit 5 Proz. erklärt und die ausscheidenden Aufsichtsrath-Mitglieder wiedergewählt.

\*\* Niedenhütte. Ein rheinisches Blatt hat gestern die Nachricht gebracht, daß die Walzwerks-Arbeiter der konsolidirten Niedenhütte einen Streik begonnen hätten, weil von ihnen verlangte höhere Löhne ihnen nicht bewilligt worden seien. Diese Nachricht hat befreislicherweise die Aktionäre des Unternehmens in hohem Maße beunruhigt. Die „Börs-Ztg.“ sagt, daß diese Nachricht jeglicher Begründung entbehrt und somit ein Anlaß zu Besorgnissen durchaus nicht vorliegt.

\*\* Neue 4proz. russische Anleihe. Es bestätigt sich, daß der Prospekt für die neue 4proz. russische Anleihe, die hauptsächlich zur Konvertirung der 1862er russischen Anleihe bestimmt ist, bereits zu Anfang der nächsten Woche publizirt werden wird. Ein Petersburger Telegramm beffirmt den Betrag der neuen Anleihe auf 375 Millionen Francs, wovon 300 Millionen Francs auf die Konvertirung der 1862er Anleihe kommen würden. Die Operation wird von den Rothschild'schen Häusern durchgeführt. Am Berliner Blaue sind, wie bereits mehrfach erwähnt, die Distrikto-Gesellschaft und das Bankhaus S. Bleichröder an derselben betheiligt.

\*\* Warschau-Wiener Eisenbahn. Wie uns mitgetheilt wird, haben in der vorgestern stattgehabten Generalversammlung der Warschau-Wiener Eisenbahn die Anträge der Verwaltung die erforderliche Dreiviertel-Majorität nicht erlangt. Es wird deshalb eine neue Generalversammlung auf den 3. April einberufen, in welcher die Beschlüsse mit absoluter Majorität der vertretenen Stimmen gefaßt werden können. — Die Generalversammlung der Warschau-Bromberger Bahn nahm den Antrag auf Uebergang in die Warschau-Wiener Bahn mit großer Majorität an.

Vom 16. bis 18. April findet in Stuttgart der international Kongreß der Seifenfabrikanten statt. Mit dem Kongreß soll eine Ausstellung von Seifenfabrikaten und der Seifenindustrie dienen den Maschinen, Werkzeugen, Utensilien &c. verbunden sein.

\*\* Berlin, 20. März. [Wollbericht.] Die vergangene Woche führte den hiesigen Blaue seit längerer Zeit wieder einmal eine größere Anzahl von Käufern zu, welche auf den Lägern ziemlich häufig waren. Es waren zumtheil Fabrikanten der Laufz, welche sowohl in Rückwässen, wie auch vorzugsweise in ungewaschenen Wollen namhafte Posten aus dem Markte nahmen. In letzteren Wollen dürften 1000—1200 Zentner in den Konsum übergegangen sein. Die Zufuhren in ungewaschenen Wollen beginnen jetzt die Läger zu füllen und werden dazu beitragen, das Geschäft zu beleben.

\*\* Nürnberg, 20. März. [Hopfenbericht.] An den beiden Schlüttagen der Vorwoche wurden am hiesigen Markte etwa 200 Ballen gehandelt und grünfarbige Exportsorten zu 30—40 Mark, bessere Kunstdarfsware zu 50—65 Mark bezahlt. Obgleich feinere Sorten wieder stärker angeboten werden und die verlangten Preise 70—75 Mark betragen, so wird hierin vorerst ganz wenig Geschäft gemacht. Noch mehr vernachlässigt sind aber geringe, miffarbige Sorten, speziell die unausgedolten, scheidigen Polen. Mit dem ersten Tage der neuen Geschäftswocche gestaltete sich der Handel zur Zufriedenheit, denn sowohl für Kunstdarfs als für Export wurden ca. 150 Ballen zu unveränderten festen Preisen gekauft. Da auch der gestrige Markt einen Umsatz von ca. 175 Ballen brachte und die Zufuhren nicht mehr so beträchtlich sind, sind unsere Lager auf ca. 3000 Ballen geschmolzen. Ein Bamberger Exporteur kaufte 47 Ballen diverse Hopfen zu 28—35 Mark, weitere 25 Ballen diverser Herkunft lösten 42—45 Mark. Württemberger und Hallertauer Kunstdarfsware brachte wie bisher 52 bis 60 Mark; außerdem sind 7 Ballen Spalter Land zu 72 Mark verlaufen worden. Durch die Bahn hatten wir heute zwar verschiedene Abladungen, aber gehandelt wurden in den Morgenstunden den nur Kleinigkeiten.

\*\* Leipzig, 20. März. [Wollbericht.] Kammerzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per März 4,95 M., per April 4,95, per Mai 4,95, per Juni 4,95, per Juli 4,95, per August 4,95, per September 4,95, per Oktober 4,95, per November 4,95, per Dezember 4,95. — Umsatz 45 000 Kilogramm. Stetig.

\*\* Wien, 20. März. Die Bilanz der österreichischen Kreditanstalt weist auf: a) an Aktiven: Effekten 2 664 964 Fl., Portefeuille 20 174 800 Fl., Kassabestände 12 620 475 Fl., Vorschüsse auf Effekten 21 151 375 Fl., Inventar 51 750 Fl., Realitäten 2 739 073 Fl., Debitoren 106 916 227 Fl., insgesamt 166 318 663 Fl. b) an Passiven: Aktienkapital 40 000 000 Fl., rückständige Dividende 13 436 Fl., Accepte 12 377 520 Fl., Reservenkonto 5 759 611 Fl., verzinsliche Einlagen 7 553 471 Fl., Kreditoren 95 343 862 Fl., Gewinnsaldo 5 270 764 Fl., insgesamt 166 318 663 Fl. Die Hauptposten des Gewinnkontos sind: Konzertialgefäße 1 321 802 Fl., Effekten-Gewinn 498 233 Fl., Zinsskont 3 285 459 Fl., Provisionen 1 234 733 Fl., Devisionkont 531 222 Fl.

\*\* Wien, 20. März. Die Bilanz der Unionbank für 1889 weist einen Nettogewinn von 1 500 846 Fl. auf. Der Vermögensrat schlägt die Vertheilung einer Dividende von 8½ Proz. oder 17 Fl. per Aktie, sowie die Zuwendung von 148 097 Fl. zum Reservefond vor; ferner sollen 74 048 Fl. Tantieme vertheilt, 20 000 Fl. dem Pensionsfond zugewiesen und 238 699 Fl. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Abgewickelt und nicht verrechnet erscheint der Gewinn aus realisierten 10 Millionen Hypothekenloosen, 6000 Stück Telegraphen-Aktien, aus der 8 Millionen-Konvertirung der Baterländischen Sparkasse, ferner der Theilgewinn von der internationalen Elektricitäts-Gesellschaft und der Kaschau-Oderberger Konversion, was insgesamt einen Gewinn von ca. 800 000 Fl. repräsentirt.

\*\* Pest, 20. März. Die Generalversammlung der ungarischen Kreditbank genehmigte die Vertheilung einer Dividende von 24 Fl. ebenso die Abänderung des mit der österreichischen Kreditanstalt abgeschlossenen Nebeneinkommens.

\*\* London, 20. März. Bancaussweis. Totalreserve . . . . . 17 407 000 Zun. 502 000 Pf. Sterl. Notenumlauf . . . . . 23 148 000 Abn. 153 000 = Baarvorrahd . . . . . 24 106 000 Zun. 350 000 = Portefeuille . . . . . 20 968 000 Zun. 378 000 = Guthaben der Privaten . . . . . 23 286 000 Abn. 108 000 = do. des Staats . . . . . 10 280 000 Zun. 782 000 = Noteureserve . . . . . 16 286 000 Zun. 405 000 = Regierungsförderheiten . . . . . 13 796 000 Abn. 175 000 = Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 51½ gegen 51 in der Vorwoche.

Clearinghouse-Umsatz 165 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres Mehreinnahme 3 Mill.

\*\* Paris, 20. März. Bancaussweis. Baarvorrahd in Gold . . . . . 1 254 337 000 Zun. 4 015 000 Frs. do. in Silber . . . . . 1 253 780 000 Zun. 3 539 000 " Portef. der Hauptb. und der Filialen . . . . . 607 652 000 Abn. 33 305 000 " Notenumlauf . . . . . 3 050 313 000 Abn. 28 151 000 " Lauf. Rechn. d. Priv. . . . . 410,969 000 Zun. 18 516 000 " Guthaben des Staats- schazes . . . . . 118 538 000 Abn. 9 648 000 " Gefämm-Worschüsse . . . . . 257 650 000 Abn. 1 035 000 " Bins- und Diskont-Gr- tragnisse . . . . . 6 211 000 Zun. 350 000 " Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrahd 82,22. "

## &lt;

